

SCHULDENREPORT 2023

Auf einen Blick

Trotz einer leichten weltwirtschaftlichen Erholung vor dem Ukraine-Krieg im Jahr 2021 **bleibt die Verschuldungssituation im Großteil der Länder des Globalen Südens weiter angespannt**. Zwar gibt es politische Willensbekundungen, Entschuldungsverfahren zu verbessern, gleichzeitig blockieren jedoch die Interessen unterschiedlicher Gläubigergruppen rasche Fortschritte.

Verschuldung weltweit: 136 von 152 untersuchten Staaten im Globalen Süden sind kritisch verschuldet, davon 40 Länder sehr kritisch. Prognosen zeigen, dass sich die Situation durch den Krieg in der Ukraine und die globale Zinswende weiter verschlechtern wird.

- **Kritisch oder sehr kritisch verschuldet** sind 64 Prozent der Länder des Globalen Südens, im Vergleich zu 37 Prozent vor Ausbruch der Corona-Pandemie. **Besonders betroffen** sind die Regionen **Lateinamerika/Karibik und Subsahara-Afrika**. Hier befinden sich rund drei Viertel der untersuchten Staaten in einer kritischen oder sehr kritischen Schuldsituation.
- **Die G7- und EU-Staaten, darunter Deutschland, sind in besonderer Weise politisch verantwortlich** gegenüber der Gruppe der sehr kritisch verschuldeten Staaten: 58 Prozent der ausstehenden Forderungen sind ihnen direkt oder indirekt zuzuordnen.
- **Fiskalische Spielräume für Entwicklungsinvestitionen fehlen:** 2023 liegt der geschätzte Schuldendienst von Niedrig- und Mitteleinkommensländern auf dem höchsten Niveau seit Ende der 1990er Jahre.
- **Kritisch verschuldete Länder vermeiden in der Regel die Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen** – trotz ihrer zum Teil dramatischen wirtschaftlichen Lage. Dafür ist auch die Politik des Internationalen Währungsfonds verantwortlich: Anstatt Schuldenrestrukturierungen zu empfehlen, rechnet er die Situation mit optimistischen Wirtschaftsprognosen und fiskalischen Sparempfehlungen schön.

Empfehlungen an die Bundesregierung

Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, sich für die **Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens** einzusetzen. Um diesen Auftrag umzusetzen und um Schuldenrestrukturierungen für Länder im Globalen Süden attraktiver zu machen, schlagen erlassjahr.de und Misereor u. a. folgende Schritte vor:

Die Bundesregierung sollte

- **verschuldete Länder bei der verbindlichen Durchsetzung der Gleichbehandlung von Gläubigern unterstützen.** Dies kann z. B. durch gesetzgeberische Maßnahmen in Deutschland und anderen Ländern des Globalen Nordens geschehen. Dadurch würden insbesondere private Gläubiger in die Pflicht genommen.
- **sich innerhalb des Pariser Clubs für Kompromisse gegenüber China einsetzen.** Die Pariser Club-Staaten könnten etwa der Forderung Chinas, auch multilaterale Forderungen in Schuldenrestrukturierungen einzubeziehen, nachgeben und damit China seinerseits zu ausreichender Beteiligung bewegen. So könnten wechselseitige Blockaden aufgelöst werden.
- **ein automatisches Schuldenmoratorium für klimaverwundbare Staaten und Länder in Umschuldungsverhandlungen ermöglichen.** Sie könnte im Verbund mit anderen Gläubigern Zahlungseinstellungen politisch und juristisch legitimieren sowie die Schaffung einer internationalen Institution anregen, an die sich Schuldnerländer für die Organisation eines umfassenden Moratoriums wenden können.

Die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens muss ein verbindliches Ziel der Bundesregierung bleiben. Die in diesem Schuldenreport formulierten **sechs Reformschritte** (ab S. 48) können national wie international dafür den Boden bereiten. Die Bundesregierung sollte die Vorbereitungen für die **Vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2025** dafür nutzen, gemeinsam mit Partnern entscheidende Impulse für ein internationales Staateninsolvenzverfahren zu setzen.